TELTOW
Tradition trifft Technologie.

# Mitteilung

Teltow, 09.09.2020

Von: Bürgermeister

An: SVV

## Beantwortung der Anfrage AF-055/2020 der Fraktion CDU „Seebrücke"

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Anfrage „Seebrücke" kann wie folgt beantwortet werden:

**1. Wann und in welcher Form wurde die notwendige Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten von der Verwaltung geprüft?**

Grundsätzlich ist zunächst anzumerken, dass die Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete vom Landkreis Potsdam-Mittelmark zu organisieren ist. Im Rahmen der Mitgliedschaft der Bewegung „Seebrücke" haben wir darüber hinaus Möglichkeiten in Erwägung gezogen, unterstützend tätig zu werden.

**2. Wurden hierzu Kontakte zu den örtlichen Wohnungsgesellschaften und sozialen Trägern aufgenommen, wenn ja zu wem?**

Gespräche geführt wurden mit der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft und der Teltower Wohnungsbaugenossenschaft. Dabei kooperiert die kommunale Wohnungsbaugesellschaft mit einem sozialen Träger und ist um Wohnraumzuweisung bemüht. So konnten bislang 56 Flüchtlinge in kommunalen Wohnräumen untergebracht werden.

**3. Wie lauten die Ergebnisse der Gesprächstermine mit den örtlichen Wohnungsgesellschaften und den sozialen Trägern?**

Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft kooperiert wie bereits ausgeführt mit einem sozialen Träger und bemüht sich über diesen Weg um Wohnraumzuweisung. Dabei wird dem sozialen Träger ein Wohnraumkontingent zur Verfügung gestellt, der dann unmittelbar auf die Belegung zugreifen kann. Dieses Modell hat sich als erfolgreich erwiesen. Die Teltower Wohnungsbaugenossenschaft hat in Aussicht gestellt, mögliche Kapazitäten zu melden, um Wohnraum auch für Flüchtlinge belegbar zu machen.

**4. Welche weiteren Möglichkeiten wurden von der Verwaltung erarbeitet?**

Über das vorgenannte Maß hinaus ist es der Verwaltung selber nicht möglich, in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Private Vermieter sind hier frei in ihrem Agieren. Bewährt hat sich allerdings, dass in aktuellen und akuten Problemfällen, der Weg in die Verwaltung und auch zum Unterzeichner gesucht wird, um möglicherweise noch kurzfristiger reagieren zu können. Für den

Bereich der unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge hat die Stiftung JOB ein Kontingent geschaffen, bei dem Jugendliche unter Betreuung vorübergehend Wohnraum erhalten. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, auch auf Zuweisung.

**5. Wie sehen die weiteren geplanten Schritte der Verwaltung aus?**

Über das bisherige Maß hinaus sieht der Unterzeichner keine unmittelbaren weiteren Möglichkeiten, unterstützend tätig zu werden. Wie bekannt, beabsichtigt der Landkreis Potsdam-Mittelmark die Schaffung einer zusätzlichen Flüchtlingsunterkunft, die dann allerdings nicht auf Individualwohnraum abgestellt sein wird. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass es der Stadt mit seiner Willkommenskultur, gemeinsam mit verschiedensten Trägern, gelungen ist, auf unsere neuen Bürgerinnen und Bürger einzugehen und jederzeit partnerschaftlich zu kooperieren.

Thomas Schmidt
Bürgermeister